

BEITRITT UND VERPFLICHTUNG

Der Unterzeichnende,

Dr. Michael Häupl

Bürgermeister der Stadt

Wien

bestätigt durch Unterschrift unter diese Erklärung den Beitritt der Stadt zur Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus und die Annahme des 10-Punkte-Aktionsplans.

Die Stadt erklärt sich bereit, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die damit verbundenen Aktionen (siehe Anhang) durchzuführen. Diese Verpflichtungen und Aktionen werden zu einem Bestandteil der Strategien und Politik der Stadt werden.

Die Stadt erklärt sich bereit, die zur Erfüllung dieser Verpflichtungen erforderlichen Sachmittel sowie die finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen und dem Lenkungsausschuss der Koalition über die unternommenen Aktionen Bericht zu erstatten.

Wien, am

Unterschrift

**UMSETZUNG DES
10-PUNKTE-AKTIONSPLANS**

DURCH DIE STADT

WIEN

GRUNDSATZERKLÄRUNG

MAßNAHMEN

UND

VORHABEN

ZUR BEKÄMPFUNG VON RASSISMUS,
FREMDENFEINDLICHKEIT UND
DISKRIMINIERUNG

Die Wiener Integrations- und Diversitätspolitik baut auf einem klaren und engagierten Bekenntnis für die Wertschätzung der Vielfalt ihrer Bevölkerung auf und wendet sich konsequent gegen jede Form rassistischer Diskriminierung in der Stadt.

Wien steht für ein breites Bündnis aller gesellschaftlichen Kräfte gegen Rassismus und Ausgrenzung

Maßnahmen gegen Rassismus und Ausgrenzung müssen auf allen Ebenen, in allen gesellschaftlichen Bereichen und mit dem Einsatz aller gesellschaftlichen Kräfte entwickelt und durchgeführt werden. Der Beitritt Wiens zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus fußt auf dem politischen Konsens und Beschluss im Wiener Gemeinderat der Wiener SPÖ, ÖVP und der Grünen und ist insofern ein wichtiger Schritt zu einem breiten Bündnis für Integration und gegen Rassismus quer durch alle Bevölkerungsschichten und quer durch alle Politikbereiche, für das die Wiener Integrations- und Diversitätspolitik steht.

Antirassismus und Zivilcourage soll eine Selbstverständlichkeit in allen Lebensbereichen sein

Der Städtekoalition beizutreten bedeutet, das Engagement der Stadt Wien in diesem Bereich auf europäischer und internationaler Ebene offiziell zu erklären, die Wichtigkeit des bestehenden Engagements zu betonen und ein Signal zu setzen, dass dieses Engagement in Zukunft auf allen Ebenen verstärkt werden soll. Zivilcourage und das entschiedene Auftreten gegen Rassismus soll zur Selbstverständlichkeit werden und zwar in allen Lebensbereichen. Dafür braucht es konkrete Maßnahmen und Aktionen als Grundlage.

Eine Stadt ohne Rassismus erfordert gleiche Chancen in allen Lebensbereichen

Wien setzt insbesondere auf umfassende Bildung und Ausbildung, gleiche Chancen im Erwerbsleben, hohe soziale Standards bei der Sicherung des Lebens, leistbares und qualitativ hochwertiges Wohnen für alle, Unterstützung bei der Bewältigung von Konflikten und Förderung eines respektvollen Zusammenlebens und Dialogs, einschließlich des interreligiösen Dialogs. Die Stadt Wien strebt eine sozial integrierte Gesellschaft an, welche die Vielfalt und Potentiale ihrer Bevölkerung schätzt und anerkennt sowie die Menschen aller Schichten und jeglicher Herkunft ermutigt, sich an

der Gestaltung des Gemeinwesens zu beteiligen, aktiv mit zu gestalten und mitzubestimmen und auf Menschen anderer Herkunft offen und respektvoll zuzugehen.

Regelmäßiger Dialog und Austausch mit der Zivilgesellschaft

Politik und Verwaltung sind darüber hinaus bestrebt, einen kontinuierlichen Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen zu führen, um deren Erfahrungen zu berücksichtigen, in politische und Verwaltungsmaßnahmen einfließen zu lassen und zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte zu unterstützen. Dieses Engagement und die diesbezügliche Zusammenarbeit sollen in Zukunft noch gestärkt werden. Daneben gilt es, alle zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen, um Betroffenen von rassistischer Diskriminierung beizustehen sowie ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem rassistischer Diskriminierung und Ausgrenzung eine klare Absage erteilt wird. Die 2004 beim Büro des Unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten eingerichtete Stelle zur Bekämpfung von Diskriminierungen ist magistratsintern sowie extern für die formfreie Vermittlung und Bewusstsein bildende Arbeit zuständig.

Diversitätsmanagement zum Nutzen aller weiter entwickeln

Die Stadt Wien hat vor einigen Jahren ihre Integrationspolitik zu einer Integrations- und Diversitätspolitik weiterentwickelt. Mit dem Begriff „Integration“ bekennt sie sich dazu, neue BürgerInnen willkommen zu heißen, sie bei ihrem Start in Wien bestmöglich dabei zu unterstützen, gleichberechtigt und mit gleichen Chancen zu leben. Mit dem Begriff „Diversität“ drückt sie darüber hinaus aus, dass sie die auch durch Zuwanderung entstandene Vielfalt ihrer BürgerInnen wertschätzt und anerkennt und die Chancen und Potentiale zum Wohl aller WienerInnen bestmöglich nutzen und entfalten will.

Zuwanderung ist sowohl für die ZuwandererInnen als auch für die Aufnahmegesellschaft eine Herausforderung zu lernen und sich weiterzuentwickeln. Dies gilt auch für die öffentliche Verwaltung selbst. BürgerInnen mit Migrationshintergrund sind gleich wichtige und gleichberechtigte KundInnen der städtischen Dienstleistungen. Ihre Bedürfnisse werden daher gleich wichtig genommen wie die derjenigen, die schon seit vielen Generationen WienerInnen sind.

Um personen- und fachgerechte Dienstleistungen anbieten zu können, sind intensive Maßnahmen im Bereich der Personalentwicklung nötig: Sowohl hinsichtlich der interkulturellen Kompetenz der MitarbeiterInnen (Aus- und Fortbildung) als auch hinsichtlich der Aufnahme von Menschen mit Migrationshintergrund in den Dienst der Stadt Wien. Die Qualität der Dienstleistungen wird umso leichter zu erhalten und zu entwickeln sein, je mehr die Vielfältigkeit der Wiener Bevölkerung sich auch in der Struktur der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung widerspiegelt. Die Stadt Wien bekennt sich dazu, jede Form der direkten oder indirekten Diskriminierung zu bekämpfen und Chancengleichheit für alle zu garantieren.

Grätzlarbeit ausbauen: Zusammenleben und gute Nachbarschaft unterstützen

Ein zentrales Anliegen der Stadt Wien ist die Gestaltung des Zusammenlebens und einer möglichst "guten Nachbarschaft". Für die Gestaltung des Zusammenlebens tragen alle und jeder/jede Einzelne Verantwortung, aber auch Vereine, Unternehmen, Organisationen können in ihrem Umfeld einen Beitrag leisten. Wien unterstützt zahlreiche Initiativen und Projekte, die auf verschiedene Art die Kommunikation der BürgerInnen, das Engagement für das Zusammenleben und die Identifikation mit dem eigenen Stadtteil fördern. Diese Ansätze und Ideen sollen ausgebaut und verstärkt werden.

In einer Großstadt treffen unterschiedliche Lebensstile aufeinander, Spannungen und Konflikte sind unvermeidlich. Sie sollen nicht geleugnet, aber auch nicht vorschnell ethnisiert werden. Die Stadt Wien bietet in allen Wiener Bezirken verschiedene Modelle einer professionellen Unterstützung der BürgerInnen dort, wo Konflikte bestehen oder zu eskalieren drohen (Konfliktarbeit / Mediation).

Verpflichtung Nr. 1

VERSTÄRKTE WACHSAMKEIT GEGENÜBER RASSISMUS

Aufbau eines Überwachungs- und Solidaritäts-Netzwerkes

Aktivitäten in Wien

Im Herbst 2004 wurde in Umsetzung der EU Gleichbehandlungsrichtlinien beim Amt der Wiener Landesregierung die Stelle zur Bekämpfung von Diskriminierungen eingerichtet. Mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Stelle zur Bekämpfung von Diskriminierungen wurde der Unabhängige Bedienstetenschutzbeauftragte (UBSB) betraut. Dieser ist bei der Wahrnehmung seiner Zuständigkeiten an keine Weisungen gebunden.

Aufgaben der Stelle zur Bekämpfung von Diskriminierungen:

- Unterstützung benachteiligter Personen durch kostenlose Information und Beratung
- Formfreie Vermittlung (Gespräch auf gleicher Ebene, um eine Problemlösung zu finden) zwischen den in Konflikt geratenen Personen oder Gruppen. Voraussetzung ist das Einverständnis aller Beteiligten
- Pflege und Förderung des Dialogs mit privaten Organisationen; Begutachtung und Anregung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen
- Durchführung von Grundlagenuntersuchungen und Studien, Sensibilisierungsmaßnahmen, Bewusstseinsbildung, Veröffentlichung von anonymisierten Berichten, Vorlage von Empfehlungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Diskriminierungen

Zur Intensivierung des Dialogs mit in diesem Bereich tätigen nichtstaatlichen und auf Bundesebene tätigen staatlichen Einrichtungen nimmt die Stelle an deren regelmäßigem Erfahrungsaustausch teil.

Die Stadt Wien fördert weiters seit vielen Jahren ZARA – Verein für Zivilcourage und Antirassismus Arbeit, die bislang einzige nichtstaatliche Organisation in Österreich, die Opfer und ZeugInnen von rassistischer Diskriminierung berät und unterstützt sowie einen jährlichen Rassismus – Report herausgibt.

Auch die langjährige und wichtige Arbeit des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands wird von der Stadt Wien finanziell gefördert.

Die Stadt Wien unterstützt weiters Selbstorganisationen von ImmigrantInnen (ideell und materiell) sowie deren Zusammenschlüsse und die Kooperationen mehrerer Vereine, so von „Vereinsplattformen“ in Wiener Bezirken, „ethnischen“ Dachverbänden (z.B. den Dachverband der asiatischen Vereine, Roma Vereine) sowie der „Wiener Integrationskonferenz – Vernetzungsbüro“ als einem Wien weiten Dachverband von rund 160 Vereinen. Die Stadt Wien pflegt regelmäßigen Austausch und Zusammenarbeit mit diesen Vereinen auf unterschiedlichen Ebenen.

Wien wirkt weiters an der Erstellung von Berichten des RAXEN Netzwerks der EU Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit, die mit 1. 3. 2007 zur EU Grundrechteagentur erweitert wurde.

In Zukunft soll die Kooperation mit der Grundrechteagentur bzgl. Rassismusberichte und Monitoring verstärkt werden. Ebenso soll die Kooperation mit ZARA verstärkt werden mit dem Ziel, jährliche Wien-Berichte betreffend Rassismus zu erstellen und diese an die Grundrechteagentur weiterzuleiten. Jährlich soll eine Evaluierung der Rassismussituation und der Maßnahmen auf Wiener Ebene und – soweit Wien betroffen ist – auf Bundesebene erfolgen, um bei Bedarf neue, effizientere Maßnahmen zu entwickeln bzw. auf Bundesebene anzuregen und einzufordern.

Verpflichtung Nr. 2

BEWERTUNG DER ÖRTLICHEN SITUATION UND DER KOMMUNALEN MAßNAHMEN

Aufbau einer Datensammlung, Formulierung erreichbarer Ziele und Entwicklung von Indikatoren, um die Wirkung der kommunalen Maßnahmen bewerten zu können.

Aktivitäten in Wien

Die Stadt Wien arbeitet regelmäßig mit Forschungseinrichtungen zusammen und gibt Erhebungen und Studien in Auftrag, um vorhandene Daten und Informationen analysieren und Berichte zur örtlichen Situation erstellen zu können. So werden laufend Studien von allen Geschäftsgruppen für ihre Geschäftsfelder beauftragt, die entweder thematisch unmittelbar mit MigrantInnen zu tun haben oder je nach Thema auch über die Situation der Migrationsbevölkerung Auskunft geben. In Zukunft sollen Studien noch deutlicher neben dem Genderaspekt auch den Aspekt der Diversität angemessen berücksichtigen und aussagekräftige und differenzierte Ergebnisse für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund bereitstellen bzw. spezielle integrations- oder diversitätsrelevante Fragestellungen behandeln.

Die breiteste Untersuchung zur Wiener Wohnbevölkerung ist die geschäftsgruppenübergreifende Studie „Leben in Wien“, die regelmäßig und zuletzt (2003) durchgeführt wurde. Eine migrantInnenspezifische Auswertung der Daten wurde beauftragt und durchgeführt. Um Mobilitätstrends, Diskriminierungserfahrungen, Wohnsituation, Einkommensentwicklung, Armutsgefährdung usw. feststellen zu können, soll diese Studie fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

Basis für detaillierte Auswertungen bieten auch die Daten der (letzten) Volkszählung 2001. Künftig soll bei den datenerhebenden Stellen darauf Bedacht genommen werden, dass ausreichende und detaillierte Daten über die Migrationsbevölkerung als Grundlage für ein Monitoring und entsprechende Maßnahmenentwicklung zur Verfügung stehen.

Entwicklung eines Integrations- und Diversitätsmonitoring für Wien

In Kooperation aller relevanter Magistratsabteilungen (insbesondere MA 5 – Finanzwirtschaft, Haushaltswesen und Statistik, MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung) unter Einbeziehung von Wissenschaft, Bundeseinrichtungen und NGOs

soll ein Integrations- und Diversitätsmonitoring für Wien entwickelt und aufgebaut werden. Die Koordinierung dieses Prozesses übernimmt die MA 17 – Integrations- und Diversitätsangelegenheiten.

Dieses Monitoring soll – aufbauend auf Diskussionen und Empfehlungen auf EU- bzw. nationaler und kommunaler Ebene – den Stand der Entwicklung im Bereich Integration und Diversität beschreiben, Entwicklungen sichtbar machen und als Grundlage für die Adaptierung bzw. Entwicklung von Maßnahmen dienen. An der Entwicklung dieses Monitorings soll 2007 intensiv – unter anderem auf einer Tagung im November 2007 – gearbeitet werden, so dass 2008 erste Umsetzungsschritte erfolgen können.

Wien hat international in Hinblick auf Integrations- und Diversitätspolitik einen ausgezeichneten Ruf und ist Vorreiterin und Impulsgeberin sowohl für österreichische als auch internationale Länder, Städten und Gemeinden. Diese innovative Kraft soll durch den intensiven Austausch mit best-practise-Städten („lernen von den Besten“) und durch internationale Kooperationen erhalten und weiter intensiviert werden. Wien ist daher engagiertes Mitglied im internationalen Netzwerk „Metropolis“ sowie in den europäischen Städtenetzwerken „Cities on Local Integration Policies“ (CLIP) und EuroCities. Bei nationalen und internationalen Tagungen und Konferenzen ist Wien aktiv beteiligt bzw. veranstaltet solche in Wien. Diese internationale Zusammenarbeit zum Wissens- und Erfahrungsaustausch wird auch in Zukunft Grundlage erfolgreicher kommunaler Politik sein und soll daher weiter ausgebaut werden.

Verpflichtung Nr. 3

BESSERE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE OPFER VON RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG

Unterstützung für die Opfer, damit sie sich künftig besser gegen Rassismus und Diskriminierung wehren können.

Aktivitäten in Wien:

Wien hat im Rahmen der Wiener Stadtverwaltung eine Stelle zur Bekämpfung von Diskriminierungen eingerichtet, die sich mit entsprechenden Beschwerden befasst. Die EU Gleichbehandlungs- bzw. Antidiskriminierungsrichtlinien wurden in Wien durch das Gesetz zur Bekämpfung von Diskriminierung (Wr. Antidiskriminierungsgesetz, ADG) sowie die Novelle zur Dienstordnung 1994 bzw. Vertragsbedienstetenordnung 1995 (Antidiskriminierungsnovelle) umgesetzt.

Das Wr. ADG verbietet Diskriminierung aus Gründen der Rasse oder ethnischen Herkunft, der Religion, der Weltanschauung, des Alters und der sexuellen Ausrichtung. Es gilt für die Bereiche Soziales, Gesundheit, Bildung, Zugang zu und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen einschließlich von Wohnraum sowie Zugang zu selbständiger Erwerbstätigkeit, sofern diese Angelegenheiten in die Regelungskompetenz des Landes Wien fallen.

Die Novelle zur Dienstordnung und zur Vertragsbedienstetenordnung verbietet es den Beamt/inn/en bzw. Vertragsbediensteten der Stadt Wien ausdrücklich, andere aus den zuvor genannten Gründen sowie aus dem Grund der Behinderung zu diskriminieren. Verstöße gegen diese Gebote werden nach dem Dienst- und Disziplinarrecht der Stadt Wien geahndet. Beide Gesetze verbieten sowohl unmittelbare wie auch mittelbare Diskriminierung, Belästigung (Einschüchterung, Anfeindung, Beleidigung, etc.) sowie die Viktimisierung (Benachteiligung wegen Geltendmachung von Rechtsansprüchen bzw. Teilnahme an diesbezüglichen Verfahren, etwa als Zeuge).

Weiters fördert Wien örtliche Einrichtungen, die Opfern rechtlichen und psychologischen Beistand leisten, so z.B. ZARA und die Wiener Integrationskonferenz (siehe unter Verpflichtung Nr. 1).

Opfer von Diskriminierung brauchen kostenlose, unabhängige Rechtsberatung und Unterstützung bei der Prozessführung zur Minimierung der Kosten bzw. des Kostenrisikos. Die bestehenden Maßnahmen zum Schutz der Opfer von Diskriminierung der Stadt Wien und in der Stadt Wien sollen evaluiert und gegebenenfalls weiterentwickelt werden.

Verpflichtung Nr. 4

BESSERE BETEILIGUNGS- UND INFORMATIONSMÖGLICHKEITEN FÜR DIE BÜRGER/INNEN

Bessere Information der Bürger/innen über ihre Rechte und Pflichten, über Schutzmaßnahmen, rechtliche Möglichkeiten und Sanktionen für rassistisches Verhalten.

Aktivitäten in Wien:

Die Wiener Stelle zur Bekämpfung von Diskriminierungen betreibt aktive Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie hat eine Faltbroschüre in 8 Sprachen über die Aufgaben der Stelle sowie eine Broschüre zu den rechtlichen Verpflichtungen und Sanktionen für rassistische Diskriminierung herausgebracht und eine Website eingerichtet.

Die Stadt Wien unterstützt und fördert weiters Nichtregierungsorganisationen in ihren Bemühungen, über Rassismus und Diskriminierung aufzuklären und Aktionen gegen diese Phänomene zu entwickeln, insbesondere ZARA, die Wiener Integrationskonferenz und das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands, aber auch zahlreiche Beratungsstellen. Frauen (Migrantinnen) stehen eigene Frauenberatungsstellen zur Verfügung.

Die MA 17 – Integrations- und Diversitätsangelegenheiten unterstützt auf Bezirksebene oder in Vereinen im Rahmen der Regionalarbeit der MA 17 Informationsveranstaltungen (z.B. Gesundheit, Niederlassung und Staatsbürgerschaft, Bildung/Weiterbildung, Arbeitsmarkt), in deren Rahmen sich Vereine und deren Mitglieder zu diversen gesellschaftlichen und sozial wichtigen Themen informieren können und dabei auch Gelegenheit haben, die zuständigen Behörden und Ämter kennen zu lernen. Unmittelbarer Kontakt zu den PolizistInnen vor Ort wird durch das Projekt „Rat und Hilfe“ ermöglicht – ein Kooperationsprojekt zwischen MA 17 und der Wiener Polizei.

Die Stadt Wien fördert weiters zahlreiche Projekte zur Förderung der Mitbestimmung und Beteiligung von ImmigrantInnen, z.B. BürgerInnenbeteiligung im Bereich der Stadtentwicklung („Gürtel“), der Schuldemokratie, der Wahlbeteiligung („Wiener Wahlwörterbuch“ in 14 Sprachen), der Bezirksfestwochen. Vereinsplattformen

als Integrationsforen führen MigrantInnenvereine und Bezirkseinrichtungen auf lokaler Ebene zusammen. Die Treffen der Vereinsplattformen bieten den MigrantInnenvereinen die Möglichkeit, sich untereinander zu vernetzen und den Kontakt untereinander, den Bezirksvorstehungen und Bezirkseinrichtungen herzustellen und zu pflegen. Ein wesentliches Ziel dabei ist es, die Partizipation von Immigrantinnen und Immigranten am Geschehen im Bezirk zu stärken.

Zur Erhöhung der Informationsmöglichkeiten der BürgerInnen mit Migrationshintergrund sind viele Informationstexte (Infoblätter, Folder, Internet) der Stadt Wien mehrsprachig gestaltet. Darüber hinaus kooperiert die Stadt Wien auch mit Medien, die in den Muttersprachen von EinwandererInnen herausgegeben werden. Auch in Zukunft soll das Informationsangebot der Stadt Wien intensiv daraufhin befragt werden, ob es in ausreichender Weise für alle WienerInnen, auch solche mit Migrationshintergrund, zugänglich ist und wie Informationen noch zielgruppenspezifischer vermittelt werden können. Insbesondere die persönliche Weitergabe von Informationen durch MultiplikatorInnen bzw. die Gewinnung und Schulung von MultiplikatorInnen ist ein erfolgversprechender Weg, der weiter ausgebaut werden soll.

Partizipation und Information wird von der Stadt Wien auch im Bereich Medien/TV unterstützt. Okto-TV ist ein von der Stadt Wien geförderter Privatfernsehsender, der über die Verbreitung im Wiener Telekabel-TV 500.000 Wiener Haushalte erreichen kann und im Herbst 2005 gestartet wurde. Als Mehrspartensender konzipiert bildet Okto die Diversität des urbanen Wien in seinem Programm ab: Rund 75 verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppierungen dieser Stadt gestalten regelmäßig Programme, die auf Sendung gehen, und neue Diskursräume im Fernsehen schaffen. Ein Ziel ist die möglichst authentische Wiedergabe des Lebens von medial unterrepräsentierten Minderheiten. OKTO schult die ehrenamtlichen ProgrammproduzentInnen und stellt gegebenenfalls die nötige Hardware und Infrastruktur zur Sendungsherstellung zur Verfügung. Die Programmproduzenten tragen die volle Verantwortung für die ihnen zuerkannte Sendezeit. Der Fernsehsender, Community TV-GmbH, finanziert sich über eine Basisförderungen der Stadt Wien und Sponsoring.

VERPFLICHTUNG NR. 5

DIE STADT ALS AKTIVE FÖRDERIN GLEICHER CHANCEN

Förderung gleicher Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Aktivitäten in Wien:

Die Verbesserung der sozialen Lage von EinwandererInnen hängt unmittelbar mit ihren Arbeitsmarktchancen, insbesondere beim erstmaligen Einstieg zusammen. Nötig sind punktgenaue, bedarfsorientierte Aus- und Weiterbildung, Vermittlung in den Arbeitsmarkt auf der Basis der vorhandenen sprachlichen und beruflichen Qualifikationen sowie die Anerkennung und Anrechnung von Ausbildungen, Bildungsabschlüssen und beruflichen Qualifikationen. Dazu bedarf es einerseits der Vermittlung von Informationen über das österreichische (Aus-) Bildungssystem und den österreichischen Arbeitsmarkt und gezielter Unterstützungsmaßnahmen. Andererseits braucht es eine Sensibilisierung und Öffnung der (Aus-) Bildungseinrichtungen für die Potentiale und Bedürfnisse von EinwandererInnen.

„Deutsch plus Berufsorientierung“

Deutsch sprechen und verstehen ist ein erster wichtiger Schritt, um in Österreich auch beruflich Fuß fassen zu können, ist aber allein nicht ausreichend. Daher werden die von der Stadt Wien initiierten und/oder geförderten Sprachkurse und Sprachfördermaßnahmen zunehmend mit speziellen Elementen zur beruflichen Orientierung bzw. mit Zusatzelementen für bestimmte Zielgruppen angeboten.

Dies ist insbesondere bei zwei Schwerpunktprojekten der Sprachförderung der MA 17 der Fall, die in den letzten beiden Jahren entwickelt wurden und mit großem Erfolg umgesetzt werden: Unter dem Titel „Start.Wien“ werden spezielle Deutsch- und Orientierungskurse für Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren angeboten. Diese Kurse umfassen bis zu 600 Stunden, sind jugendgerecht gestaltet und bieten neben dem Spracherwerb auch Orientierung, Entfaltung von Basis- und Schlüsselkompetenzen und (Weiter-)bildungs- bzw. Berufsorientierung.

Das andere Projekt richtet sich gezielt an Mütter von Kindern im Kindergarten und Schulalter. In „Mama-lernt-Deutsch-Kursen“ wird in der Schule oder im Kindergarten ein Sprachkurs angeboten, der durch zahlreiche Informations- und Orientierungselemente ergänzt wird (z.B. Informationen zu Schule, Gesundheit oder Exkursionen in Museen, Büchereien etc.). Ab 2007 wird für TeilnehmerInnen und Absolventinnen dieser Kurse die Möglichkeit geschaffen, persönliche berufliche Beratung

und Unterstützung zum beruflichen (Wieder-)Einstieg sowie finanzielle Unterstützung bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu erhalten (insbesondere im Rahmen des Programms „NOVA“ des Wiener ArbeitnehmerInnenfonds, WAFF).

Die Schnittstellen zwischen Deutschkursen und Weiterbildung, zwischen Weiterbildung und Einstieg in den Arbeitsmarkt, sind in Zukunft weiter auszubauen.

Ein wichtiges Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vorbereitung und Erreichung von Hauptschulabschlüssen sowie der Maßnahmen zum Einstieg in höhere Bildungs- und Ausbildungssysteme.

Beruflicher Einstieg in Österreich - Nutzung und Anerkennung von Qualifikationen

Viele MigrantInnen arbeiten in Österreich „dequalifiziert“ - sie verfügen über Ausbildungen und Berufserfahrungen im Herkunftsland, die sie in Österreich nicht einsetzen und nutzen (können). Eine zentrale Herausforderung ist daher, die Möglichkeiten zur Nutzung der vorhandenen Qualifikationen und Kompetenzen (der formalen Bildungsabschlüsse, aber auch der informell erworbenen Fähigkeiten) zu verbessern. Diese Herausforderung ist vielschichtig und braucht Kooperation und Weiterentwicklung bei Bildungseinrichtungen, Sozialpartnern, Arbeitsmarktservice (AMS), Bund/Ländern/Gemeinden. Die Stadt Wien stellt sich dieser Herausforderung und wird kurz-, mittel- und längerfristig Entwicklungsarbeit leisten.

2007 wurde eine berufliche Erstberatungsmöglichkeit für alle neuzugewanderten Personen in Wien geschaffen. Diese Maßnahme zur Niederlassungs- und Integrationsbegleitung baut auf den „Orientierungsgesprächen“ der MA 35 - Einwanderung, Staatsbürgerschaft, Standesamt auf, bei denen seit 2006 bereits auch über das Thema „Arbeit/Arbeitsmarkt“ in Österreich informiert wird. In eigenen Veranstaltungen werden interessierte Männer und Frauen in der Muttersprache über den österreichischen Arbeitsmarkt und berufliche Einstiegs- bzw. berufliche Bildungsmöglichkeiten informiert. Gleichzeitig werden Ausbildungen, Berufserfahrungen und Berufswünsche erhoben und dem AMS zur Verfügung gestellt. Dieses Pilotprojekt wird als „rot-grünes Projekt“ verwirklicht. In seinem Rahmen kooperieren die verantwortlichen Stellen der Stadt Wien (WAFF, MA 17, MA 35) und das AMS.

Seit 2006 besteht das Projekt „Perspektive“, das für und mit asylberechtigten Personen einerseits individuelle Beratung, Klärung der Qualifikationen/Erfahrungen und individuelle Weiterbildungs- bzw. Berufsperspektiven erarbeitet. Andererseits werden auch über den WAFF bzw. durch das AMS berufliche Weiterbildungsmaßnahmen finanziert.

Die Erfahrungen dieses Projekts werden auch für neue Zielgruppen erschlossen. Ein maßgeschneidertes Projekt zur Förderung des beruflichen Einstiegs am Arbeitsmarkt und Anerkennung beruflicher Qualifikationen für NeueinwandererInnen startete Mitte 2007. Träger ist das Beratungszentrum für MigrantInnen.

Chancen der beruflichen Förderung für MigrantInnen

Der Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds (WAFF) bietet zahlreiche Programme zur beruflichen Weiterbildung an, die von einem hohen Anteil von ImmigrantInnen genutzt werden (z.B. FRECH, NOVA, PISA Plus). Die Angebote sollen verstärkt auf Potentiale und Bedürfnisse eingewanderter Menschen ausgerichtet werden. Auf der Homepage des WAFF sind Informationen seit 2007 auch mehrsprachig verfügbar.

Daneben sollen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen von WAFF und andere Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung auch durch mehrsprachige Personen im direkten Kontakt (in Schulen, Vereinen, im Rahmen der Jugendarbeit) aktiv beworben werden, weil der persönliche Kontakt erfahrungsgemäß sehr wirksam ist. Die Kooperation mit muttersprachlichen Medien sollen ebenfalls ausgebaut werden.

UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund

Wie eine aktuelle Studie zeigt, haben rund 1/3 der Wiener EinzelunternehmerInnen Migrationshintergrund. Sie sind damit ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und sichern Arbeitsplätze. Allerdings ist ihr Potential nicht ausgeschöpft: Dieselbe Studie zeigt auch, dass viele GründerInnen wenig über materielle und immaterielle Förderungs- und Unterstützungsmöglichkeiten wissen. Lehrlinge werden unterdurchschnittlich häufig ausgebildet.

Die Stadt Wien setzt daher ab 2007 einen intensiven Schwerpunkt. Neben einem Ausbau von zielgerichteten Informationsangeboten und Unterstützungen, die vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) angeboten werden, startet 2007 auch ein Projekt, das Lehrstellen in der „ethnischen“ Ökonomie schaffen wird (Kooperation von WAFF, MA 17 und Wirtschaftskammer Wien).

Im Rahmen der EU Förderprogramme (Periode 2007 - 2013) werden alle Maßnahmen auf ihre Diversitätsorientierung geprüft und verstärkt. So ist z.B. im Operationellen Programm Wiens im Rahmen von Ziel 2 Diversität als Querschnittsthema und Programmgrundsatz fest verankert. So werden etwa „GründerInnenzentren“ (WWFF) für MigrantInnen bei der Gründung eines Unternehmens wichtige Unterstützung leisten. Diese Weiterentwicklungen sind möglich, weil schon bisher die Stadt Wien bei zahlreichen EU- /Equal - Projekten mit Bezug zum Arbeitsmarkt als Partner beteiligt war und diese mitfinanziert hat (Lernbar, Interkulturexpress, Urban Connection, Diversity@Care).

Verpflichtung Nr. 6

DIE STADT ALS ARBEITGEBERIN UND DIENSTLEISTERIN, DIE GLEICHE CHANCEN NACHHALTIG FÖRDERT

Die Stadt verpflichtet sich, als Arbeitgeberin und Dienstleisterin
Chancengleichheit und Gleichberechtigung zu gewährleisten.

Aktivitäten in Wien:

Die Weiterentwicklung der Wiener Integrationspolitik zu einer Diversitätspolitik

Wien war in Österreich Vorreiterin eines neuen Verständnisses, das sich Anfang der 90-iger Jahre vom Paradigma des „Gastarbeiters“ verabschiedete und auf „Integration“ setzte: Unter Bürgermeister Zilk wurde 1992 der „Wiener Integrationsfonds“ gegründet, 1996 wurde mit Mag^a Renate Brauner die Funktion der „Integrationsstadträtin“ geschaffen. Sowohl diese hochrangige Ansiedlung des Anliegens Integration in der Wiener Landesregierung als auch die Einrichtung des Wiener Integrationsfonds waren wichtige Voraussetzungen für viele erfolgreiche Maßnahmen, die gesetzt werden konnten (Beratung für MigrantInnen, Sprachkurse, Förderung integrationsrelevanter Projekte, Grundlagenarbeit und Sensibilisierung). Die Arbeit in diesen gut 10 Jahren war die notwendige Vorarbeit und schuf die Ausgangslage dafür, im Jahr 2004 einen Schritt weiter zu gehen und die Wiener Integrationspolitik zu einer Diversitätspolitik weiterzuentwickeln.

Diversität bedeutet Vielfalt – Diversitätspolitik / Diversitätsmanagement ist also ein Ansatz, der von den vielen Verschiedenheiten ausgeht, ohne die Einheit aus den Augen zu verlieren. Diversitätspolitik geht von der Tatsache aus, dass mittlerweile mehr als 1/3 der Wiener Bevölkerung Migrationshintergrund hat: Sie oder ihre Eltern sind nicht in Österreich geboren. Diese Vielfalt (Diversität) bedeutet nicht, dass 1/3 der Wiener Bevölkerung Integrationsbedarf hat – aber es ist eine Vielfalt, die für Bevölkerung, Politik und Verwaltung eine Herausforderung darstellt. Im Diversitätsgedanken geht es letztlich um ein verändertes Selbstverständnis der Stadt, und zwar in Bezug auf ihre demographische, ethnische und kulturelle Vielfalt, die sie immer mehr prägt. Es geht darum, Menschen mit internationalen Wurzeln als selbstverständlichen Teil der Wiener Bevölkerung wahrzunehmen: als « echte Wienerinnen und Wiener » (unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft), oder als « echte Österrei-

cherinnen und Österreicher» und nicht als « AusländerInnen mit einem österreichischen Pass ».

Stadträtin Brauner und Stadtrat Schicker beschrieben die Weiterentwicklung der Wiener Integrationspolitik zu einer Diversitätspolitik im Jahr 2002 so:

„Zuwanderung und Vielfalt ist in Wien wie in jeder anderen Großstadt Alltag und Normalität. Für den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft ist es unerlässlich, dass sich Politik und Verwaltung darauf einstellen. Menschen mit Migrationshintergrund sind keine extra zu betreuende Gruppe, sondern gleich wichtige KundInnen der städtischen Dienstleistungen. Ihre Bedürfnisse müssen daher ebenso ernst genommen werden wie die der Alteingesessenen. Dies wird umso besser gelingen, je mehr auch die städtische Verwaltung in ihrer Zusammensetzung ein Spiegelbild der Bevölkerung ist. Es liegt auf der Hand, dass diese Perspektive eine zentrale Herausforderung und Aufgabe für alle Politikbereiche, die gesamte Administration, alle Einrichtungen und Institutionen in der Stadt und letztlich alle Bürgerinnen und Bürger Wiens darstellt. Die Wiener Landesregierung stellt sich bewusst dieser Herausforderung und möchte die erfolgreiche Wiener Integrationspolitik in diesem Sinn gezielt weiterentwickeln.“

In diesem Zitat sind die beiden wesentlichen Ziele der Stadt Wien genannt :

- Gleiche Qualität der Dienstleistungen für alle BürgerInnen Wiens (interkulturelle Kompetenz in der Dienstleistung)
- Chancengleichheit bei Aufnahme und Entwicklungschancen im Dienst der Stadt Wien ; Erhöhung des Anteils der MitarbeiterInnen der Stadt mit Migrationshintergrund.

Zugleich wurden die Verantwortlichkeiten für diese Neuorientierung definiert sowie die nötigen Strukturen geschaffen :

- Diese Diversitätsorientierung ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Geschäftsbereiche, Abteilungen und Dienststellen betrifft.
- Schaffung einer eigenen Abteilung, die - neben der Erfüllung von Integrationsaufgaben - als Dienstleisterin und Kompetenzzentrum die städtische Verwaltung bei der Weiterentwicklung unterstützt (MA 17 - Abteilung für Integrations- und Diversitätsangelegenheiten, Änderung der Geschäftseinteilung des Magistrats am 1. Juli 2004).

In den letzten Jahren wurde intensiv an der Weiterentwicklung in Richtung einer diversitätsorientierten Verwaltung gearbeitet. Als Instrumente der Umsetzung werden einerseits der Kontrakt (jährliche Zielvereinbarung der DienststellenleiterInnen mit den jeweils zuständigen StadträtInnen und dem Magistratsdirektor) und andererseits das Qualitätsmanagement eingesetzt und entwickelt.

In vielen Abteilungen wurden Maßnahmen gesetzt, die hier nicht einzeln aufgezählt werden können. Erste abteilungsübergreifende Zwischenergebnisse bzw. Maßnahmen mit Relevanz für den gesamten Magistrat sind:

- Die Stadt Wien präsentiert sich als Arbeitgeberin, die offen ist für Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund (Lehrlingsseite der MA 2 im Internet, mehrsprachige Folder für Eltern von Lehrstellensuchenden)
- Interne Kommunikation innerhalb des Magistrats: Beiträge in MitarbeiterInnenzeitung, Video-Clips über MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund im Intranet
- Seminare für MitarbeiterInnen zur Förderung der interkulturellen Kompetenz (Verwaltungsakademie: Führungskräfte und MitarbeiterInnen; MA 2: im Rahmen der Lehrlingsausbildung; abteilungs- oder arbeitsbereichbezogene Schulungen für MitarbeiterInnen)
- Schaffung eines Freifaches "Interkulturelle Bildung" an der Berufsschule der Stadt Wien
- Verbesserung der Informationen und Daten: Adaptierung des „Personalerhebungsbogens“ für die Aufnahme in den Dienst der Stadt; Erfassungsmöglichkeit der Sprachkenntnisse der MitarbeiterInnen in der elektronischen Personalverwaltung VIPER
- Verankerung von dienststellenspezifischen Diversitätszielen im Kontrakt aller Abteilungen der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Diversität“ in der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales
- „Wien spricht viele Sprachen“:
 - Webauftritt der Stadt Wien in www.wien.at mit Informationsangebot in Serbisch/Bosnisch/Kroatisch, Türkisch und Englisch;
 - Glossar „Amtsdeutsch“ für die einheitliche Übersetzung von Informationen durch Verwaltungsdienststellen;
 - Zeitung „Welt & Stadt“ als Informationsmedium vor allem für neu zugewanderte Menschen (zum Teil mehrsprachig)
- Projekt zur Erhöhung des Anteils von Personen mit Migrationshintergrund bei der Polizei – Kooperation der Stadt Wien (MA 17) mit der Bundespolizeidirektion Wien.

Dieser Prozess wird entschieden fortgesetzt. Die Ziele müssen in kurz-, mittel- und langfristigen Zielerreichungshorizonten verfolgt, die geeigneten Schritte und Maßnahmen gesetzt und einer regelmäßigen Evaluierung unterzogen werden.

Wichtige Elemente eines Antidiskriminierungs- und Chancengleichheitspakets der Stadt Wien werden weiterentwickelt:

- Verstärkte Kommunikation der Ziele innerhalb des Magistrats – an alle MitarbeiterInnen, insbesondere auch an Personen mit Führungs- und/oder Personalverantwortung
- Verstärkte Information über die Ausbildungs- und Anstellungsmöglichkeiten im Magistrat der Stadt Wien; verstärkte Kommunikation, dass Wien offen für Bewerbungen von Personen mit „internationalen“ Wurzeln ist und allen gleiche Chancen bietet

- Regelmäßiges Monitoring und Evaluierung der Maßnahmen (u.a. der Zahl der BewerberInnen und der Aufnahmen) sowie im Bedarfsfall deren Weiterentwicklung
- Prüfen der Möglichkeit, bei bereits im Magistrat beschäftigten Personen zumindest auf Dienststellenebene „Zweisprachigkeit“ und „Migrationshintergrund“ zu erheben, wobei allerdings sensibel vorzugehen und jede Art von Druck zu vermeiden ist
- Gesundheits- und Sozialberufen sowie pädagogischen Berufen (z.B. Gesundheits- und Krankenpflege, Kindergartenpädagogik, LehrerInnen, SozialarbeiterInnen) kommt eine besondere Bedeutung zu. Erste Erhebungen zeigen, dass hier der Anteil der BewerberInnen, insbesondere aus der sogenannten „2. Generation“, relativ niedrig ist. Hier sollen gezielte Maßnahmen gesetzt werden, um diese Berufsfelder und Ausbildungswege bekannter und attraktiver zu machen (z.B. durch gezielte Information an Schulen und an Jugendliche, durch Medienkooperationen, dem Vorstellen von Vorbildern als „role models“).

Verpflichtung Nr. 7

CHANCENGLEICHHEIT AUF DEM WOHNUNGSMARKT

Entwicklung konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung bei Vermittlung und Verkauf von Wohnungen.

Aktivitäten in Wien:

Die Stadt Wien betreibt eine Wohnpolitik des sozialen Ausgleichs und fördert im Wege der Neubauförderung und Förderung der Althausanierung besonders Maßnahmen, die sozial schwach gestellten Bevölkerungsgruppen zugute kommen, inklusive ImmigrantInnen, in den vergangenen Jahren auch jener mit Drittstaatsbürgerschaft. Die Stadt Wien ist mit 220.000 Gemeindewohnungen einer der größten Wohnungseigentümer Europas. Weiters werden im Rahmen der sanften Stadterneuerung erhebliche Mittel eingesetzt, um strukturschwache Gebiete der Stadt zu verbessern, deren Attraktivität zu erhöhen, d.h. die Abwanderung finanziell besser gestellter BewohnerInnen zu verhindern und dadurch die soziale Durchmischung zu gewährleisten.

Die Wiener Gebietsbetreuungen sind bezirks- und grätzelbezogene Serviceeinrichtungen der Stadt Wien. Als Instrument der sanften, bewohnerInnenorientierten Stadterneuerung bieten sie ein umfassendes Informations- und Beratungsangebot zu Fragen des Wohnens, des Wohnumfeldes, der Infrastruktur, der Stadterneuerung, des Gemeinwesens und des Zusammenlebens in den Betreuungsgebieten an.

Die Stadt Wien bekennt sich zu Chancengleichheit und Diskriminierungsfreiheit beim Zugang zu sozialem Wohnbau.

Für EinwandererInnen mit Drittstaatsbürgerschaft wurden seit dem Jahr 2000 die rechtlichen Zugänge Schritt für Schritt verbessert. Zunächst wurde der Zugang zu sogenannten „Notfallwohnungen“ in städtischen Wohnhausanlagen geöffnet. In einem weiteren Schritt wurde 2001 Zugang zur neu eingeführten allgemeinen Wohnbeihilfe für Personen mit mindestens fünfjährigem legalen Aufenthalt geschaffen und zugleich die Informationen über das vielfältige Angebot an geförderten Miet- und Eigentumswohnungen gezielt verstärkt. Ende Jänner 2006 wurde schließlich für MigrantInnen mit Daueraufenthalt EG der Zugang zu Gemeindewohnungen geöffnet. Die Wohnungsvergabe von geförderten Wohnungen erfolgt gleichberechtigt an alle, die die entsprechenden Förderkriterien im gemeinnützigen Wohnbau erfüllen.

Im Zuge der diversitätsorientierten Weiterentwicklung der Wiener Integrationspolitik werden die vielfältigen Serviceleistungen des Wohnressorts auch mehrsprachig angeboten sowie mehrsprachige MitarbeiterInnen eingesetzt.

Daneben gibt es eine Reihe von speziellen Projekten zur Verbesserung der Wohnversorgung von EinwandererInnen, Verhinderung von Delogierung von Personen mit geringem Einkommen oder in Notlagen sowie zur Förderung eines respektvollen und sozial integrierten Zusammenlebens in der Nachbarschaft.

Eine Reihe von Interethnischen Wohnprojekten, die von der Stadt Wien gefördert werden, legen den Schwerpunkt auf das Zusammenwohnen und -leben von Menschen vielfältiger Herkunft, erleichtern die Kommunikation, den Austausch und das gegenseitige Kennenlernen und dienen diesbezüglich als positive Beispiele und Vorbilder für die gesamte Stadt.

Das Projekt Wohndrehscheibe der Volkshilfe Österreich, das im Auftrag der Stadt Wien durchgeführt wird, unterstützt einkommensschwache Personen in Wien mit besonderen Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche und unter besonderer Berücksichtigung von MigrantInnen bei der Suche nach Wohnraum. Die Beratung wird auch mehrsprachig angeboten.

Durch die verschiedenen, aufeinander abgestimmte Maßnahmen der Stadt Wien konnten Armuts- und MigrantInnenkonzentrationen in bestimmten Wohngebieten und entsprechende Problemlagen, wie sie in anderen großen Städten zu bemerken sind, in Wien vermieden werden. Diesem Ziel wird auch weiterhin große Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Verpflichtung Nr. 8

BEKÄMPFUNG VON RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG DURCH BILDUNG UND ERZIEHUNG

Entwicklung von Maßnahmen gegen ungleiche Bildungs- und Erziehungschancen; Förderung von Toleranz und interkultureller Verständigung durch Bildung und Erziehung.

Aktivitäten in Wien:

Chancengleichheit durch Bildung: Unter dieser Leitvorstellung initiiert, entwickelt und finanziert die Stadt Wien ein Bündel von Maßnahmen, das von Elternbildung über die Bildung von Kindern/Jugendlichen bis zur Erwachsenenbildung reicht. Die Erhöhung der sozialen Mobilität beginnt schon in Kindergarten und Schule. Thematisch umfassen die vielfältigen Maßnahmen der Stadt Wien selbstverständlich den unverzichtbaren Bereich des Erlernens der deutschen Sprache, gehen aber weit darüber hinaus.

Elternbildung – ein Schlüssel für den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen

Die Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund in punkto Schulausbildung und beruflicher Qualifizierung steht unter anderem auch in engem Zusammenhang mit der sozialen Situation und dem Bildungsstatus der Eltern. Daher wurde von der MA 17 im Jahr 2006 als „Pilot“ das Projekt „Elternarbeit“ initiiert. Im Mittelpunkt stehen spezielle Infoveranstaltungen mit und von ExpertInnen im Dreieck Eltern – Kinder – Schule über die wichtigsten Themen, die die Eltern interessieren (u.a. das Schulsystem in Österreich, Rechte und Pflichten der Eltern, Bedeutung der Bilingualität, Fördermöglichkeiten des Kindes bis hin zu Gesundheitsfragen, Ernährung und Umgang mit Pubertätsproblemen). KooperationspartnerInnen sind verschiedene ausgewählte Träger. Unterschiedliche Modelle der Elternarbeit, darunter auch solche einer „aufsuchenden“ Elternarbeit, werden im Jahr 2007 pilotiert. Eine zentrale Drehscheibe für Elternarbeit wird unter Federführung der MA 17 beim „Interface“ aufgebaut, bei der Schulen und Vereine aus einem Angebot von Informationsabenden und Seminaren wählen und diese für ihre Zielgruppe kostenlos anbieten können.

Die Pilotmodelle werden evaluiert und in den kommenden Jahren weiter ausgebaut.

Teil dieses Schwerpunkts auf Elternarbeit, aber zugleich auch eine Maßnahme zur Stärkung und Unterstützung von Frauen sind die „Mama-lernt-Deutsch-Kurse“, die erstmals im Schuljahr 2006/2007 in ganz Wien angeboten wurden. Diese Kurse bieten Müttern im Kindergarten oder in der Schule ihres Kindes die Möglichkeit, Deutsch zu lernen und verbessern auch die Kommunikation im Dreieck von LehrerInnen – Eltern – Kindern. Neben dem Deutschlernen stehen auch zusätzliche Informationen (Gesundheit, Schul- und Erziehungsfragen) auf dem Programm, aber auch Exkursionen zu Ämtern, Museen oder Büchereien. Zusätzlich wird den Frauen Unterstützung beim Einstieg ins Berufsleben geboten (s. dazu auch unter Verpflichtung Nr. 5 – Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt).

Eltern, die nicht gut oder kein Deutsch können, verstehen oft die Einträge in den Mitteilungsheften ihrer Kinder nicht. Das „Schul-ABC“ ist eine Broschüre, in dem die meist gebrauchten Wörter zusammengestellt und in wichtige ZuwanderInnen-sprachen übersetzt wurden. Das von der MA 17 herausgegebene Heft beinhaltet eine Übersicht der wichtigsten Mitteilungen, die von den LehrerInnen auch als Kopiervorlage verwendet werden können, und steht ab Herbst 2007 allen Schulen zur Verfügung, um die Kommunikation zwischen LehrerInnen und Eltern zu unterstützen.

Frühe Sprachförderung im Kindergarten

Besonders für Kinder aus MigrantInnenfamilien bieten die Kindergärten in Wien die beste Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn. Dort können Kinder auf spielerische Weise lernen – dies ist auch, aber nicht nur für das Erlernen der deutschen Sprache bzw. die Entwicklung von Sprachkompetenz wichtig.

Im Jahr 2007 wurde bei 2800 von insgesamt 14.000 Kindern bei der Schuleinschreibung ein Bedarf an Sprachförderung festgestellt. Sie bekamen einen Sprachgutschein für freiwillige Sprachförderkurse im Kindergarten. Die Erfahrungen des ersten Jahres zeigen, dass dieses Zusatzangebot gut genutzt wird und insbesondere bei den Kindern, die keinen Kindergarten besuchen, wesentliche Verbesserungen der Sprach- und Ausdrucksfähigkeit bewirkt.

Förderung in der Schule und schul begleitend in den Ferien

Der Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache an Wiener Schulen beträgt 35,1%, in den Volksschulen 45,6%. Rund die Hälfte der Wiener Kinder haben internationale Wurzeln – ein Reichtum und eine Chance. Diese Zahl bedeutet nicht, dass diese Kinder besonderen sprachlichen Förderbedarf haben bzw. nicht oder unzureichend Deutsch sprechen. Für den (relativ kleinen) Teil der Kinder, die spezielle Unterstützung beim Erwerb der deutschen Sprache brauchen, werden parallel zum Unterricht in den ersten Klassen Sprach-Förderkurse abgehalten, die neu ab Herbst 2007 auch in den Hauptschulen die SchülerInnen beim Spracherwerb unterstützen. 560

BegleitlehrerInnen helfen jenen Volks- und HauptschülerInnen, die zwar über Deutschkenntnisse verfügen, aber dennoch dem Unterricht nicht ohne Unterstützung folgen können.

Ergänzend dazu fördert die MA 17 auch Angebote für Kinder und Jugendliche, in denen Freizeitspaß und Sprache Lernen während der Ferienmonate verbunden wird, um sie optimal auf das kommende Schuljahr vorzubereiten. Dieses Angebot ist insbesondere eine Unterstützung für SeiteneinsteigerInnen zwischen 10 und 14 Jahren. So werden unter dem Namen "sprich:sport" im Sommer 2007 Sprachcamps mit Sportangeboten organisiert. Im Sommer 2007 wurde das Projekt „Ein echter Wiener geht nicht unter“ im Wiener Bezirk Ottakring organisiert, wo Deutsch und Schwimmen Lernen gemeinsam angeboten wurde.

Das Projekt „Lernhilfe“ stärkt Kinder und Eltern. Von der MA 17 gefördert geht es dabei um Unterstützung beim Abbau von Lerndefiziten, um das Lernen lernen, Orientierung bei der Erledigung der Hausaufgaben sowie um die Verbesserung der schulischen Leistungen insgesamt und der Sprachkompetenzen. Lernhilfe richtet sich besonders an PflichtschülerInnen von 6 -15 Jahren, die schlechte Leistungen aufweisen, und SchülerInnen in der Phase von Schulübergängen. Wesentlich ist auch die starke Einbindung der Eltern, u.a. durch die Veranstaltung von eigenen Elternabenden. Die PädagogInnen stehen außerdem in engem Kontakt mit der Schule und mit den jeweiligen KlassenlehrerInnen.

Förderung von Jugendlichen zwischen 15 und 25

Jugendliche, die erst nach der Schulpflicht nach Wien kommen, sind mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert. Seit 2005/2006 wurde mit „Start.Wien“ ein Förderungsschwerpunkt der MA 17 entwickelt, der spezielle jugendgerechte Kurse (etwa 20 Wochenstunden, insgesamt 600 Unterrichtsstunden) in verschiedenen Bezirken Wiens und eine begleitende beratende Unterstützung bei der Entscheidungsfindung über die weitere Bildungs- bzw. Berufslaufbahn umfasst. Dieses Angebot steht sehr kostengünstig und bedarfs deckend allen Jugendlichen zur Verfügung.

In den kommenden Jahren sollen die Schnittstellen zu weiteren Bildungs- und Ausbildungsgängen (Hauptschulabschluss, 2. Bildungsweg, Lehrabschluss, Universitätsstudium) analysiert und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Die Förderung von Chancengleichheit und respektvollem Zusammenleben im Sinne der Diversitätspolitik sowie das Sensibilisieren gegen Rassismus sind wesentliche Zielsetzungen der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit als Bildungsort. Nicht zuletzt durch die Vielzahl an MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund wird in diesem Arbeitsfeld seit vielen Jahren ein wichtiger Beitrag geleistet.

Erwachsenenbildung

In Wien wird Erwachsenenbildung seit langem besonders gefördert. Die Wiener Volkshochschulen bieten ein umfassendes Bildungsangebot, das finanziell leistbar ist und von vielen MigrantInnen gern besucht wird. An einigen Volkshochschulen werden auch besondere Schwerpunkte gesetzt. Von der Stadt Wien geförderte Frauenvereine bieten Bildung und Beratung in verschiedenen Muttersprachen speziell für MigrantInnen an.

Zahl und Qualität der in Wien angebotenen Deutschkurse sind sehr hoch. So verfügt Wien mit dem „Alphazentrum“ an der VHS Ottakring ein spezielles Kompetenzzentrum für den Bereich Alphabetisierung und eine eigene Ausbildung für Unterrichtende. Finanzielle Förderungsmöglichkeiten sind für bestimmte Zielgruppen aufeinander abgestimmt: Der AK-Bildungsgutschein unterstützt AK-Mitglieder, das Weiterbildungsgeld des WAFF steht besonders für Berufs- und Fachsprachen zur Verfügung. Die MA 17 setzt einen Förderschwerpunkt im Bereich Alphabetisierung, niederschwelliger Deutschkurse für Frauen sowie im Bereich Jugendkurse. In Kooperation mit Kursträgern werden Alphabetisierungs- und Deutschkurse nicht nur an Schulen/Kindergärten, sondern auch in Vereinen angeboten. Arbeitssuchend Gemeldeten und Arbeitslosen stehen die Kursmaßnahmen des AMS zur Verfügung, ein Kooperationsprojekt von MA 15 - Gesundheitswesen und Soziales/MA 17 unterstützt zusätzlich SozialhilfeempfängerInnen beim Spracherwerb.

In den kommenden Jahren soll das Angebot noch zielgruppenspezifischer ausgerichtet werden, die Kooperation zwischen den Fördergebern und die Informationen über Kursangebote sowie die Unterstützung zum Finden des jeweils „passenden“ Kurses sollen weiter verbessert werden.

Sogenannte „bildungsferne“ Gruppen können oft durch große Bildungsträger nicht oder nur sehr schwer erreicht werden. In den letzten Jahren wurde daher nicht nur die Möglichkeit eröffnet, Deutschkurse in Vereinen (Moscheen, Tempeln,) anzubieten, sondern auch in Kooperation mit Facheinrichtungen ein Modell des Bildungsangebots vor Ort entwickelt: Standen 2006 aufgrund der neuen rechtlichen Rahmenbedingungen (Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, Staatsbürgerschaftsgesetz) mehrsprachige Informationsveranstaltungen zu diesen rechtlichen Fragen im Vordergrund, so werden im Jahr 2007 300 Informationsveranstaltungen durch muttersprachliche ÄrztInnen für die verschiedenen Communities gehalten. Gefördert von der MA 17 und durch die Regionalstellenarbeit unterstützt ist der Projektträger das Frauengesundheitszentrum FEM SÜD des Kaiser Franz Josef-Spitals. Eine Begleitgruppe von muttersprachlichen ÄrztInnen und ExpertInnen sichert die Entwicklung und Evaluierung des Projekts. Dieses erfolgreiche Bildungsmodell soll in den kommenden Jahren weitergeführt werden – ab dem Jahr 2008 insbesondere auch mit dem Themenschwerpunkt „Schule/Bildung/Erziehung“.

Neben der Erwachsenenbildung hat Wien auch eine lange Tradition in der Förderung einer Lesekultur. Die städtischen Büchereien stehen niederschwellig und kostengünstig zur Verfügung und bieten neben Büchern und Medien auch Veranstaltungen verschiedener Art. Bücher stehen nicht nur in Deutsch, sondern auch in anderen Sprachen, auch in den Muttersprachen der großen EinwandererInnengruppen, zur Verfügung.

Unterstützung für neu Zugewanderte

Seit mehreren Jahren ist Wien um eine Willkommenskultur bemüht. NeuzuwandererInnen erhalten durch die MA 35 eine „Willkommensmappe“ der Stadt Wien und werden zu einem Orientierungsgespräch eingeladen. Beide – Mappe und Orientierungsgespräch – werden in mehreren Sprachen angeboten. Ein Sprachgutschein der MA 17 (seit 2007 im Wert von 300,-- EUR) macht den Besuch der im Aufenthalts- und Niederlassungsgesetz vorgesehenen „Deutsch-Integrationskurse“ finanziell leistbar. Für Personen mit Alphabetisierungsbedarf und für Jugendliche gibt es spezielle, maßgeschneiderte Angebote (s. dazu oben „Start.Wien“). In einigen Bezirken Wiens werden darüber hinaus Seminare zur Orientierung in Wien mit Exkursionen angeboten, die meist 5 Halbtage umfassen und sich insbesondere an Frauen wenden.

In den kommenden Jahren soll die Integrationsbegleitung weiter ausgebaut werden. Dazu gehört besonders die Weiterführung der Projekte zur Verbesserung des beruflichen Einstiegs in Österreich (s. dazu auch unter Verpflichtung Nr. 5 – Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt).

Verpflichtung Nr. 9

FÖRDERUNG DER KULTURELLEN VIELFALT

Förderung der kulturellen Vielfalt in den Kulturprogrammen, im öffentlichen Raum und im städtischen Leben

Aktivitäten in Wien: Kultur als Brücke zwischen den Menschen

Wien ist eine Stadt des Miteinander, des Dialogs und der Begegnung. Das Zusammenleben verschiedenster Ethnien hat in Wien eine historische Tradition und ist auch heute vielerorts Wirklichkeit. Kulturelle Aktivitäten spielen eine zentrale Rolle bei der Integration von Menschen. Kulturbegegnungen zeigen unterschiedliche Perspektiven, lassen Parallelen entstehen, schaffen Solidarität und dienen der Verständigung zwischen Kulturen: Der Mensch erfährt in und durch die Kultur nicht nur sich selbst, sondern auch sein Gegenüber, den/die Andere/n. Damit es aber möglich ist, sich auf eine andere Kultur wirklich einzulassen, ist es notwendig, die eigene kulturelle Identität zu finden und ausdrücken zu können.

Die Kulturpolitik der Stadt Wien sieht ihre Aufgabe darin, gerade auch die Aktivitäten der „wenig sichtbaren Menschen und Gruppen“ im Kulturbereich zu unterstützen, die Kulturen unterschiedlicher Ethnien und Sprachgruppen, die einen wesentlichen Anteil der Bevölkerung Wiens ausmachen, sichtbar zu machen. Sie fördert durch ihre Maßnahmen den Dialog zwischen den verschiedenen Ethnien und leistet damit auch einen wichtigen Beitrag zur Integrationspolitik.

Damit Zuwanderer und Zuwanderinnen ihre Kultur pflegen können, aber auch um Veranstaltungen in anderen Ländern zu ermöglichen, fördert die Stadt Wien interkulturelle Aktivitäten in erheblichem Ausmaß. Diese Programme und Schwerpunkte werden auch in die offiziellen Kulturangebote der Stadt integriert. Rund 200 Vereine erhalten eine finanzielle Unterstützung.

- Multikulturelle Festivals und Events, wie etwa das KlezMOREfestival, Balkan Fever, Salam.Orient, das World Music Festival oder das AfriCult Festival, bilden fixe Bestandteile des Wiener Kulturlebens.
- Das „Referat für interkulturelle Aktivitäten“ der Kulturabteilung unterstützt Vereine, deren kulturelle Aktivitäten die Präsentation der kulturellen Vielfalt von MigrantInnen in Wien zum Ziele haben.
- Das Kulturfestival „SoHo in Ottakring“ findet seit 1999 für jeweils 14 Tage rund um den Brunnenmarkt und den Yppenplatz statt. Die TeilnehmerInnen sind eine

bunte Mischung aus KünstlerInnen, Gewerbetreibenden, Schulen der Umgebung, Jugendlichen und BewohnerInnen des Brunnenviertels. Durch Veranstaltungen, wie Ausstellungen, Migrationsprojekte, Feste, Film- und Videovorführungen, Musikworkshops und Diskussionsveranstaltungen und vieles mehr, wird versucht, das Miteinander von MigrantInnen und WienerInnen und deren gegenseitige Akzeptanz zu fördern.

- Das Sir Peter Ustinov Institut zur Bekämpfung des Vorurteils wurde auf Anregung und unter persönlicher Mitwirkung von Sir Peter Ustinov im Jahr 2003 in Kooperation mit der Stadt Wien als Verein gegründet. Es ist als internationales Kompetenzzentrum zur Erforschung der Entstehung von Vorurteilen und zur Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung von Vorurteilen konzipiert und hat mit substantieller Unterstützung durch die Stadt Wien seine Arbeit im Jahr 2004 aufgenommen. Jährlich im Sommersemester wird eine Gastprofessur an der Universität Wien ausgerichtet, deren Ergebnisse mit Wiener Vorlesungen in eine größere Öffentlichkeit getragen werden. Aktuell wird an der Herausgabe eines Handbuchs der Vorurteile gearbeitet.
- Auch eines der zentralen Projekte im Mozartjahr 2006, nämlich Peter Sellars Festival „New Crowned Hope“, widmete sich der Intensivierung des interkulturellen Austausches: Kunstschaaffende aus unterschiedlichen Kulturen wurden eingeladen, neue Projekte in den Sparten Musiktheater und Tanz, Film, Konzerte, Bildende Kunst und Architektur zu erarbeiten. Unter dem Titel „Next Vienna“ entstanden Projekte an der Schnittstelle von Kunst und sozialem Handeln gemeinsam mit Flüchtlingen und Obdachlosen.
- Die Wiener Festwochen schlagen bereits seit zwei Jahren mit der erfolgreichen Programmlinie „Into the City“ eine Brücke zwischen den musikalischen Ethnien der Stadt. Auch die Festivaleröffnung stand 2007 ganz im Zeichen von Integration und multikultureller Vielfalt: 220 Kinder und Jugendliche mit Flucht- und Migrationsgeschichte genauso wie mit wohlbehütetem bürgerlichem Hintergrund – standen beim Caritas-Projekt "Tanz die Toleranz" gemeinsam auf der Bühne. Das Projekt wird fortgesetzt.
- Um die wachsenden Bedürfnisse im Bereich des inter-/multikulturellen Theaters abzudecken, soll in Zukunft diesem Bereich mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Bereits bei der nächsten Runde der Konzeptförderung wird besonderes Augenmerk auf Projekte, Initiativen und Theatergruppen mit integrativem Schwerpunkt gelegt.

Die kulturelle Vielfalt im städtischen Leben, insbesondere im öffentlichen Raum, wird außerdem in hohem Maße durch das breite Angebot der außerschulischen stadtteilorientierten Kinder- und Jugendarbeit in Koordination durch die MA 13 gefördert – zum einen durch das kontinuierliche Angebot und zum anderen anhand diverser Events wie z. B. Feste, Turniere, etc.

Verpflichtung Nr. 10

RASSISTISCHE GEWALTTATEN UND KONFLIKTMANAGEMENT

Entwicklung oder Unterstützung von Maßnahmen zum Umgang mit rassistischen Gewalttaten und Förderung des Konfliktmanagements.

Aktivitäten in Wien:

Wien verfügt über ein dichtes Netz an Einrichtungen, die das gute Zusammenleben in der Stadt bzw. in den Bezirken fördern und verschiedene Maßnahmen und Aktionen zur Konfliktvermeidung, der Konfliktschlichtung bzw. der Mediation setzen und zu einer guten Nachbarschaft beitragen. So vielfältig wie die Menschen und das Lebensumfeld, so vielfältig und abgestimmt auf die jeweilige Situation müssen auch Handlungsstrategien und Projekte entwickelt werden. Wien setzt daher auf eine breite Palette von Maßnahmen:

Entwicklung eines Angebots an Konfliktmanagement- und Mediationsprogrammen für relevante Institutionen wie Polizei, Schulen, Jugendzentren, Integrationseinrichtungen etc.

- **Gebietsbetreuungen Städtische Wohnhausanlagen:**
Die Gebietsbetreuungen in den Gemeindebauten wurden personell stark erweitert. Ihre Schwerpunkte liegen in den Bereichen Konfliktarbeit und Konfliktprävention.
- Zahlreiche MitarbeiterInnen der Gebietsbetreuungen sind neben ihren Qualifikationen im Bereich der Gemeinwesenarbeit auch mehrsprachig.
- Im Rahmen der Gebietsbetreuungen wurde ein interkultureller Mediator/inn/enpool geschaffen.
- Stadtteilarbeit/Gemeinwesenarbeit und Jugendarbeit:

Die Einrichtungen der Stadt Wien verfügen über entsprechend ausgebildetes Personal (u.a. ausgebildete MediatorInnen, SozialarbeiterInnen), die aktiv für ein besseres Zusammenleben arbeiten und Konfliktprävention, Konfliktschlichtung und Mediation leisten. Neben Jugendzentren und Mobiler Jugendarbeit leisten

auch Stadtteilzentren einen wichtigen Beitrag in der Gemeinwesenarbeit. Dies gilt auch für die „Nachbarschaftszentren“.

- Weiters werden seit vielen Jahren Modellprojekte entwickelt und durchgeführt, wie das Projekt der MA 17 im Stadtteilzentrum 20 „Ehrenamtliche in der Konfliktarbeit“, in dem ehrenamtliche MitarbeiterInnen gewonnen, geschult und begleitet werden. Im Projekt „KommunikatorInnen und VermittlerInnen im öffentlichen Raum“ (11. und 20. Bezirk) arbeiten auf Honorarbasis während der Sommermonate und den Abend- bzw. Nachtstunden MitarbeiterInnen vor allem in Parks und Plätzen im öffentlichen Raum.
- Eine wesentliche Maßnahme in diesem Bereich stellt auch die Errichtung bzw. der Ausbau von Integrationsbezirksforen, Integrationsplattformen und interkultureller Dialogforen auf Bezirksebene dar, welche die Kommunikation und den Dialog unter der Bezirksbevölkerung sowie mit den Einrichtungen der Stadtverwaltung ermöglichen und fördern.

- „Rat und Hilfe NEU – Ein Projekt der MA 17 und der Wiener Polizei:

Auf Basis der Strategie des Community Policing besuchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der MA 17, Rayonpolizistinnen und -polizisten sowie Präventionsbeamtinnen und -beamten gemeinsam MigrantInnenvereine und Religionsgemeinschaften (zum Beispiel Moscheen) und organisieren Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu ausgewählten Themen (wie zum Beispiel Sicherheit im Grätzl).

- Bei "Schmierereien" mit rassistischem Inhalt auf öffentlichen Flächen, die von der MA 48 betreut werden, rückt die "Soforttruppe" der MA 48 aus, um diese Schmierereien umgehend zu entfernen. Sie werden von der Polizei davon verständigt.
- Forschungsprojekt „Rechtsextreme Parolen und Zeichen“ des Instituts für Graffiti-forschung

Die Stadt Wien (MA 7, MA 17) finanziert eine Studie des Institutes für Graffiti Forschung mit, in deren Rahmen erstmals umfassende Daten über rechtsextreme Parolen sowie Zeichen erhoben und die einzelnen Botschaften analysiert werden sollen. Die Studie soll auch Anstoß dazu geben, die Diskussionen über Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auszuweiten und die Basis für einen angemessenen Umgang mit diesen Phänomenen zu schaffen. Im Rahmen eines Symposiums und einer Ausstellung "grafitti.rechts.extrem" in der Wienbibliothek vom 21. 09. – 30. 11. 2007 setzen sich namhafte ExpertInnen auf breiter Ebene mit der Frage des Kulturbegriffs der extremen Rechten auseinander und leisten damit einen wesentlichen Beitrag in der öffentlichen Auseinandersetzung mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Dieses Dokument ergeht an:

Geschäftsstelle der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus

Stadt Nürnberg
Bürgermeisteramt - Menschenrechtsbüro
Rathausplatz 2
D - 90403 Nürnberg
Tel. **49 - (0)911 - 231 50 29
Fax: **49 - (0)911 - 231 30 40
E-Mail: menschenrechte@stadt.nuernberg.de

Wissenschaftliches Sekretariat

UNESCO
Struggle Against Discrimination and Racism Section
Division of Human Rights and Struggle Against Discrimination
Sector for Social and Human Sciences
1, rue Miollis
75732 Paris Cedex 15
France
Tel : **33 - (0)1 - 45 68 44 62
Fax: **33 - (0)1 - 45 68 57 23
E.mail : j.morohashi@unesco.org

Kontakt zur Internationalen Städte-Koalition gegen Rassismus:

Wissenschaftliches Sekretariat

UNESCO
Struggle Against Discrimination and Racism Section
Division of Human Rights and Struggle Against Discrimination
Sector for Social and Human Sciences
1, rue Miollis
75732 Paris Cedex 15
France
Tel : +33 (0)1 45 68 44 62
Fax: +33 (0)1 45 68 57 23
E.mail : j.morohashi@unesco.org
Internet : www.unesco.org/shs/citiesagainstracism